



Presseinformation

Nr. 357/2001

Kiel, Mittwoch, 17. Oktober 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Hochschulzugang/ZVS

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Ekkehard Klug: „Weg mit der Studentenlandverschickung!“ - FDP fordert Abschaffung der ZVS -

In seiner Rede zum FDP-Antrag „Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS)“ (**TOP 10**) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Abschaffung der ZVS ist überfällig !

Die Dortmunder Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist ein planwirtschaftliches Monstrum.

Nur durch ihren Wegfall kann es gelingen, den Wettbewerb zwischen den deutschen Hochschulen zu stärken.

Ohne Wettbewerb um die besten Studentinnen und Studenten lässt sich der Wettbewerbsgedanke im Hochschulbereich überhaupt nicht realisieren.

Jeder Handwerksmeister sucht sich seine Auszubildenden selbst aus.

Reimar Lüst, der frühere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, hat das Thema auf den Punkt gebracht, als er feststellte:

„Nur die Gefängnisse und die Universitäten dürfen sich ihre Klientel hierzulande nicht selbst aussuchen“.

Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, sich ihre Studenten künftig selbst auszuwählen, und zwar vollständig.

Halbe Sachen wie den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Auswahl auf 50% zu beschränken und für den Rest vorerst - für wie lange eigentlich? - die ZVS beizubehalten, lehnen wir ab.

Die von der ZVS praktizierte ‚Studentenlandverschickung‘ ist das Relikt eines überbürokratisierten Hochschulsystems in Deutschland.

Durch die Abschaffung der ZVS werden zugleich für die Hochschulen Mittel frei, die heute zur Finanzierung von 150 ZVS-Mitarbeitern aufgewendet werden müssen.

Die Auffassung der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Behler, die ZVS sei ein „Bürgerservice“, eine unverzichtbare Dienstleistung, ist geradezu aberwitzig.

Gegenwärtig werden ohnehin nur rund 30 Prozent aller Studienplätze über das Verteilungsverfahren der ZVS besetzt. Abgesehen davon, dass also die Mehrzahl der Studienplätze in den meisten Studienfächern bereits heute ohne eine solche Verteilungsbürokratie besetzt werden, kommen auch andere Staaten sehr gut ohne eine solche Institution aus.

Und wenn heute im ZVS-Vergabeverfahren neben der Abitur-Durchschnittsnote die Wartezeit und die Wohnortnähe zu den wesentlichen Kriterien zählen, dann kann von einer leistungsorientierten Studienplatzvergabe wirklich nicht die Rede sein.

Schleswig-Holstein sollte sich der Initiative des Landes Baden-Württemberg anschließen, das den Staatsvertrag über die ZVS zum nächstmöglichen Termin - Ende 2005 - kündigen will.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung muss sich dieses Anliegen zu eigen machen, wenn sie tatsächlich an sinnvollen Reformen im Hochschulbereich Interesse hat.

Die gelegentlich zu hörende Behauptung, durch hochschuleigene Auswahlverfahren werde das Abitur entwertet, ist eindeutig falsch.

Bundesweit wird das Abitur in einer Vielzahl unterschiedlicher Schulformen und bei sehr unterschiedlichen Leistungsstandards vergeben. Nicht zuletzt die TIMSS-Studie hat zum Beispiel den sehr weit auseinanderklaffenden Stand der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse zwischen einzelnen Ländern wie Bayern und NRW deutlich gemacht. Abiturdurchschnittsnoten verkleistern solche Unterschiede und sind als Auswahlkriterium sehr ungerecht gegenüber jenen Abiturienten, die für gute Noten wesentlich anspruchsvollere Leistungen erbringen müssen als andere Altersgenossen. Gute Schulen werden also durch ein hochschuleigenes Auswahlverfahren belohnt - und nicht etwa bestraft. Qualität wird sich wieder mehr auszahlen als heute.